



Donald Trump begann seine zweite Amtszeit mit einer Welle von exekutiven Anordnungen, die tiefgreifende Änderungen in den USA einleiten sollen. Von Einwanderung und Handel bis hin zu Bürgerrechten und Umweltpolitik – die Liste ist lang und kontrovers. Viele dieser Maßnahmen spiegeln Trumps Wahlversprechen wider und zielen darauf ab, das Land in eine konservativere Richtung zu lenken.

Doch was bedeuten diese Befehle für die Vereinigten Staaten, und welche Herausforderungen könnten sie mit sich bringen? Hier eine Analyse seiner wichtigsten Anordnungen.

Einwanderung: Verschärfte Maßnahmen und Rückkehr zu alten Standards

Einer der Kernbereiche von Trumps Politik ist die Einwanderung. Seine Anordnungen in diesem Bereich markieren eine Rückkehr zu harten Maßnahmen, die schon in seiner ersten Amtszeit für Kontroversen sorgten.

Zu den bedeutendsten Maßnahmen gehört die Erklärung einer „Invasion an der südlichen Grenze“. Diese Formulierung gibt der Regierung weitreichende Befugnisse, einschließlich des Einsatzes von Militärpersonal zur Unterstützung von Abschiebungen. Kritiker sehen darin einen potenziellen Verstoß gegen den Posse Comitatus Act, der den Einsatz des Militärs im Inland stark einschränkt.

Trump will außerdem die Geburtsortsregelung des 14. Verfassungszusatzes neu definieren, um Kindern illegaler Einwanderer die US-Staatsbürgerschaft zu verweigern. Dieser Vorstoß wird bereits vor Gericht angefochten und könnte eine langjährige rechtliche Auseinandersetzung nach sich ziehen.

Weitere Maßnahmen umfassen die Fortsetzung des Mauerbaus an der Grenze zu Mexiko, die Abschaffung von sogenannten „Parole-Programmen“ für Familienzusammenführungen und die Wiedereinführung alter Prüfstandards für Visa und Einwanderungsanträge. Auch das Konzept von „Catch-and-Release“, das Migranten erlaubt, in den USA zu bleiben, während sie auf ihre Gerichtsverfahren warten, wurde beendet.



Handel und Wirtschaft: Fokus auf Protektionismus

In der Wirtschaftspolitik setzt Trump auf Protektionismus und eine harte Haltung gegenüber ausländischen Konkurrenten. Er ordnete eine Überprüfung von Handelspraktiken an, um „unfaire Praktiken“ zu identifizieren und potenziell neue Zölle einzuführen – insbesondere gegen China. Auch das Handelsabkommen USMCA, eine überarbeitete Version von NAFTA, steht zur Überprüfung an. Trump droht bereits mit 25 % Zöllen auf kanadische und mexikanische Waren.

Eine weitere bemerkenswerte Maßnahme ist die Einrichtung eines „Externen Finanzamts“, das Zölle und andere Einnahmen aus dem Außenhandel effizienter eintreiben soll.

Klimapolitik: Rückkehr zu fossilen Brennstoffen

In der Umweltpolitik macht Trump einen drastischen Schritt zurück. Seine Exekutivanordnungen umfassen den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen und die Förderung fossiler Brennstoffe wie Öl, Gas und Kohle. Er forderte die schnellere Genehmigung von Energieprojekten und die Abschaffung von Regularien, die erneuerbare Energien unterstützen. Besonders umstritten ist die Wiederaufnahme von Ölbohrungen in Naturschutzgebieten wie dem Arctic National Wildlife Refuge in Alaska.

Darüber hinaus setzte Trump Bidens Maßnahmen zur Förderung von Elektrofahrzeugen außer Kraft und erklärte Windenergieprojekte auf dem äußeren Kontinentalschelf für unzulässig.

Bürgerrechte und Diversität: Rückwärtsgang bei Inklusion

Trump hat mehrere Maßnahmen von Joe Biden rückgängig gemacht, die Diversität und Inklusion fördern sollten. Er ordnete die Abschaffung von Diversity-, Equity- und Inclusion-Programmen (DEI) in Bundesbehörden an, legte den Schwerpunkt auf die Eliminierung von „Gender-Ideologien“ und schränkte die Rechte von LGBTQ-Personen ein. Besonders scharf ist



die Anweisung, Bundesdokumente nur noch mit den Kategorien „männlich“ und „weiblich“ zu versehen.

Die Rücknahme von Anti-Diskriminierungsrichtlinien und die Forderung nach einer „einheitlichen amerikanischen Identität“ haben viele Bürgerrechtsgruppen alarmiert. Kritiker werfen Trump vor, Fortschritte der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen.

Regierung und Verwaltung: Straffung und Kontrolle

Trump setzt auch auf eine stärkere Zentralisierung der Macht im Weißen Haus. Er richtete ein neues „Department of Government Efficiency“ ein, das unter der Leitung von Elon Musk Einsparungen in Bundesprogrammen identifizieren soll. Parallel dazu verhängte er einen Einstellungsstopp für Bundesbehörden und erleichterte die Entlassung von Staatsangestellten, die nicht mit den Richtlinien der Regierung übereinstimmen.

Ein weiterer umstrittener Schritt ist die Anweisung, alle Bundesbediensteten zur vollständigen Rückkehr in den Präsenzbetrieb zu verpflichten.

Außenpolitik und nationale Sicherheit: „America First“

In der Außenpolitik setzte Trump seine „America First“-Strategie fort. Er kündigte die Wiederaufnahme von Zöllen auf ausländischen Handelspartnern an und erklärte die Huthi-Rebellen im Jemen erneut zu einer Terrororganisation. Bidens Sanktionen gegen rechtsextreme Gruppen in Israel wurden aufgehoben.

Besonders brisant ist der Rückzug der USA aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Trump begründete dies mit mangelnder Transparenz und versprach, „glaubwürdige Partner“ zu finden, die die WHO ersetzen könnten.



Ein turbulenter Start in die zweite Amtszeit

Trumps Exekutivanordnungen markieren einen klaren Bruch mit der vorherigen Regierung und einen Rückfall zu den politischen Grundsätzen seiner ersten Amtszeit. Während einige Maßnahmen symbolisch sind, haben andere das Potenzial, die USA nachhaltig zu verändern – oder zu spalten.

Ob diese radikalen Schritte langfristig erfolgreich sind oder neue Konflikte entfachen, bleibt abzuwarten. Was meinen Sie: Sind Trumps Maßnahmen ein notwendiger Kurswechsel oder ein gefährlicher Rückschritt?